

# SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden  
unter [svp.ch/mitglied](https://svp.ch/mitglied)

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

August 2024

**NEIN** zur extremen  
Biodiversitäts-  
Initiative

Seite 8-9



Nur auf die  
SVP-Ständeräte  
ist Verlass!

Seite 11



Bürgerliches  
JA zur  
BVG-Reform

Seite 15



## Grenzen schützen – Asylmissbrauch stoppen!



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach  
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 50'500 Expl.  
[svp.ch](https://svp.ch) – [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) – August 2024  
Gestaltung Klartext: GOAL AG



# Wir müssen uns wehren

**Unsere Freiheit, unsere Demokratie und unsere Identität sind bedroht. Durch die masslose Zuwanderung und die Invasion von illegalen Asylmigranten aus der ganzen Welt. Es braucht den gemeinsamen politischen Widerstand. Nur die SVP kämpft ohne Wenn und Aber für unsere Heimat Schweiz.**

Mutige Menschen braucht das Land. Und Bürger, die sich für unsere demokratischen Rechte einsetzen. Ein grossartiges Beispiel dafür ist Astrid Mühlebach aus dem Kanton Luzern. Sie hat sich erfolgreich gegen die Zweckentfremdung des Schulhauses in ihrer Gemeinde gewehrt. Die Behörden wollten die Räumlichkeiten klammheimlich als Asylunterkunft umfunktionieren – und dafür die lokalen Vereine rauswerfen. Wir durften Astrid Mühlebach besuchen und sie mit unserem neu geschaffenen «Prix Résistance» auszeichnen. Ich war tief beeindruckt von der Energie und dem persönlichen Engagement der Preisträgerin (Seite 7).

## Minderheit im eigenen Land

Die Linken jammern lautstark über die «Wohnungsnot». Aber sie sagen nichts

über die Hauptursache: Es ist völlig logisch, dass mit der unkontrollierten Massenzuwanderung der Wohnraum knapp wird und damit auch die Mietpreise steigen. Und sie sagen auch nichts über das Asylchaos: Dass jedes Jahr Zehntausende Asylmigranten mit kriminellen Schlepperbanden in unser Land kommen – und wir dummen Schweizer müssen diesen Asylschmarotzern die Wohnung und den ganzen Lebensunterhalt zahlen.

**Mit anderen Worten:** Die linksgrüne Politik ist hauptverantwortlich für die Wohnungsnot, die steigenden Mieten und die Milliardenkosten im Asylbereich – plus die damit verbundenen Probleme: Diebstähle, Einbrüche, Pöbeleien, Belästigungen, Integrationsprobleme, Islamisierung. Wer in den

Städten und Bahnhöfen der Schweiz unterwegs ist, fühlt sich langsam als Minderheit im Land.

**Unsere Heimat, die Schweiz ist in Gefahr. Jetzt muss sich die Bevölkerung wehren – wie Astrid Mühlebach. Unterschreiben Sie unsere Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)»!**



**Marcel Dettling**  
Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



# Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!

**Das Asyl-Chaos hat ein unerträgliches Ausmass angenommen. Kaum ein Tag vergeht ohne Gewalt- und Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle. Alleine den Bund kostet die gescheiterte Politik von SP-Asylminister Jans jährlich 3,5 Milliarden Franken. Die Lage drängt: Unterschreiben Sie noch heute die Initiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)»!**



Von Thomas Aeschi,  
Nationalrat und  
SVP-Fraktionspräsident,  
Baar (ZG)

Im ersten Halbjahr 2024 kamen erneut 14'000 sogenannte «Asylsuchende» aus der ganzen Welt in unser Land. Die Mehrheit dieser Asylmigranten kommt mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie durchqueren unzählige sichere Drittstaaten, um in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen. Kosten und Kriminalität explodieren. Alleine im Jahr 2023 gab der Bund für den Asylbereich 3,5 Milliarden Franken aus. Das sind rund 1'600 Steuerfranken für eine 4-köpfige Familie. Hinzu kommen die Kosten bei den Gemeinden, Schulen und Kantonen. Und: Es vergeht kaum ein Tag ohne Gewalt- und Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle. So haben die Straftaten

2023 einen absoluten Höchststand erreicht: Über 520'000 Straftaten in einem Jahr, das sind mehr als 1'400 pro Tag. 56 Prozent der Beschuldigten sind Ausländer. Viele davon aus dem Asylbereich.

Die SVP hat in den letzten Jahren über 200 Vorstösse gegen das Asyl-Chaos eingereicht, doch die anderen Parteien blockieren die SVP-Lösungsvorschläge gegen das Asyl-Chaos systematisch. So lehnte es das Parlament im April mit 120 Nein- zu 60 Ja-Stimmen ab, der Forderung von SVP-Parteipräsident Marcel Dettling nach einem sofortigen Aufnahme-Stopp für Asylsuchende zuzustimmen (Mo. 22.4520). Im März dieses Jahres wurde ein SVP-Fraktionsvorstoss, der die Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen an der Landesgrenze forderte, mit 112 Nein- zu 69 Ja-Stimmen abgelehnt (Mo. 23.4472). Und mit 136 Nein- zu 51 Ja-Stimmen lehnte der Nationalrat die Forderung von SVP-

Nationalrat Addor ab, dass Asylsuchende, die ein sicheres Land durchqueren, ihr Anrecht auf Asyl in der Schweiz verlieren (Pa.Iv. 21.420).

Da die anderen Parteien nichts gegen den grassierenden Asylmissbrauch unternehmen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unterschreiben auch Sie noch heute die SVP-Initiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» und sagen Sie

- **JA** zum Asylstopp für illegale Migranten, die mit Schlepperbanden über sichere Drittstaaten in die Schweiz kommen,
- **JA**, damit Personen mit abgelehntem Asylgesuch kein Bleiberecht in der Schweiz mehr erhalten und
- **JA** zum Stopp der illegalen Migration und zu Kontrollen an der Schweizer Landesgrenze statt hunderttausende Illegale im Land!



## Asylmissbrauch stoppen!

**Grenzschutz-Initiative  
jetzt unterschreiben!**

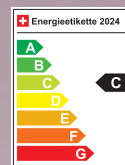


# PEUGEOT 2008 ALLURE PREMIUM



FAHRERLEBNIS MIT  
PREMIUM-AUSSTATTUNG.

JETZT FÜR  
**CHF 29'590.-**  
INKL. PREISVORTEIL  
VON CHF 6'560.-



Abgebildetes Modell: PEUGEOT 2008 ALLURE Hybrid 136 e-DC56, CO<sub>2</sub>-Emissionen (kombiniert, WLTP): 125 g/km, Verbrauch (kombiniert, WLTP): 5.5 l/100 km, Energieeffizienzklasse: C. Angebot gültig für Privatkunden auf dem Modell PEUGEOT 2008 ALLURE PREMIUM Hybrid 136 e-DC56, Katalogpreis inkl. Paket Vision & Drive Assist Plus CHF 36'150.-, empfohlener Nettoverkaufspreis CHF 29'590.-. Kundenvorteil von CHF 6'560.- beinhaltet Paket Vision & Drive Assist Plus (CHF 750.-). Bei den an der Aktion beteiligten PEUGEOT Händlern in der Schweiz. Preise inkl. MwSt. Preis- und Konditionsänderungen vorbehalten. Solange Vorrat. Symbolfoto.

Jetzt Mitglied werden  
unter [svp.ch/mitglied](http://svp.ch/mitglied)

# 200 Tage Bundesrat Jans – eine Schadensbilanz

Zahlen, Kosten und Kriminalität explodieren – die aktuelle Asylpolitik schadet der Schweizer Bevölkerung. SP-Asylvorsteher Jans hat Verschärfungen versprochen. Doch der Faktencheck zeigt: Den grossen Worten folgen kaum Taten.



Von Pascal Schmid,  
Nationalrat,  
Weinfelden (TG)

### Beispiel 1:

Bundesrat Jans kündigte Anfang Jahr strenge 24-Stunden-Verfahren an mit dem Ziel, nordafrikanische Asylmigranten abzuschrecken. **Die Realität:** Die Verfahren dauern nicht 24 Stunden, sondern 24 Tage und länger. **Und:** Im Mai 2024 stiegen die Anträge von Nordafrikanern im Vergleich zu Mai 2023.

### Beispiel 2:

Bundesrat Jans versprach, den Missbrauch von Asylzentren als «Bed & Breakfast» zu stoppen. Deshalb sollten an Wochenenden keine Anträge mehr möglich sein. Zudem seien diese schriftlich zu begründen. **Die Realität:** Nichts wurde geändert. Die Kriminalität rund um die Zentren explodiert weiter.

### Beispiel 3:

Bundesrat Jans kündigte Massnahmen gegen die Asylkriminalität an. **Die Realität:** mehr runde Tische. Doch mit Reden allein sind die Probleme nicht zu lösen. Fakt ist: rund 25 % aller Straftaten werden von Asylmigranten, Kriminaltouristen und Illegalen begangen. Der Staat muss durchgreifen, Asylkriminelle aus dem Verfahren ausschliessen und ausschaffen.

### Beispiel 4:

Bundesrat Jans verweigert Grenzkontrollen – diese würden nichts nützen. Dass Grenzkontrollen wirken – insbesondere auch gegen illegale Migration – demonstrierten unsere Nachbarländer während der Fussball EM und der Olympiade.

### Beispiel 5:

Bundesrat Jans kündigte eine neue Asylstrategie an. Die Reduktion der Asylzahlen ist darin kein Thema! **Im Gegenteil:** Der SP-Asylvorsteher erhöht die Asylzuwanderung, indem er den Familiennachzug erleichtert. Zudem wird jede Afghanin als Flüchtling anerkannt und die Rückkehr beim Schutzstatus S in Frage gestellt.

**Fazit:** Von den Ankündigungen von Bundesrat Jans bleibt nicht viel übrig. Damit riskiert er die weitere Spaltung der Gesellschaft. **Denn ein grosser Teil der Bevölkerung trägt diese für unser Land schädliche Asylpolitik nicht mehr mit.**



## Schadensbilanz von Bundesrat Jans

# Kosten im Asylwesen: Transparenz erwünscht!

Haben Sie sich auch schon gefragt, wie viel Steuergelder unser fragwürdiges Asylwesen verschlingt? «Transparenz schafft Vertrauen in die Politik», lautet das zentrale Anliegen der linken Transparenzinitiative. Warum verweigert Bundesbern also eine umfassende Zusammenstellung der Asyl-Kosten?



Von Barbara Steinemann,  
Nationalrätin,  
Watt-Regensdorf (ZH)

Allein der Bund gibt mittlerweile 3,5 Milliarden Franken für den Asylbereich aus. 2021 war es noch 1,5 Milliarden. Doch niemand weiss, wie hoch die Aufwendungen in den Kantonen und Gemeinden sind.

Zum Beispiel bei der Sozialhilfe. Die grosse Mehrheit der Leute im Asylbereich lebt vom Sozialstaat. Das heisst konkret: Der Steuerzahler finanziert den allgemeinen Lebensunterhalt (Nah-

rungsmittel, Getränke, Kleider, Tabakwaren, ÖV-Abos, Internet, Radio/TV, Freizeitaktivitäten usw.). Auch die Wohnkosten werden übernommen sowie alle Sozialversicherungsbeiträge inklusive die Krankenkassenprämien. Dazu kommen weitere Auslagen für Möbel, Schulutensilien, Baby-Artikel, Anwaltskosten, Gebühren, Brillen, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Zahnarztkosten usw. Oftmals macht das «Kindswohl» den

steuerfinanzierten Besuch der Kita oder von Spielgruppen notwendig. Ein weiteres

« Das muss sich ändern, und es wäre eigentlich ganz einfach: Jede Ausgabe des Staates wird buchhalterisch erfasst. Man müsste nur spezielle Konti für alle Ausgaben im Asylbereich einrichten. »

Fass ohne Boden sind die Spezialklassen, sonderpädagogischen Massnahmen, integrativen Modelle im Bildungsbereich. Wie viele Asylpersonen sind bei der Kesb anhängig? Niemand weiss es. Und die Inte-

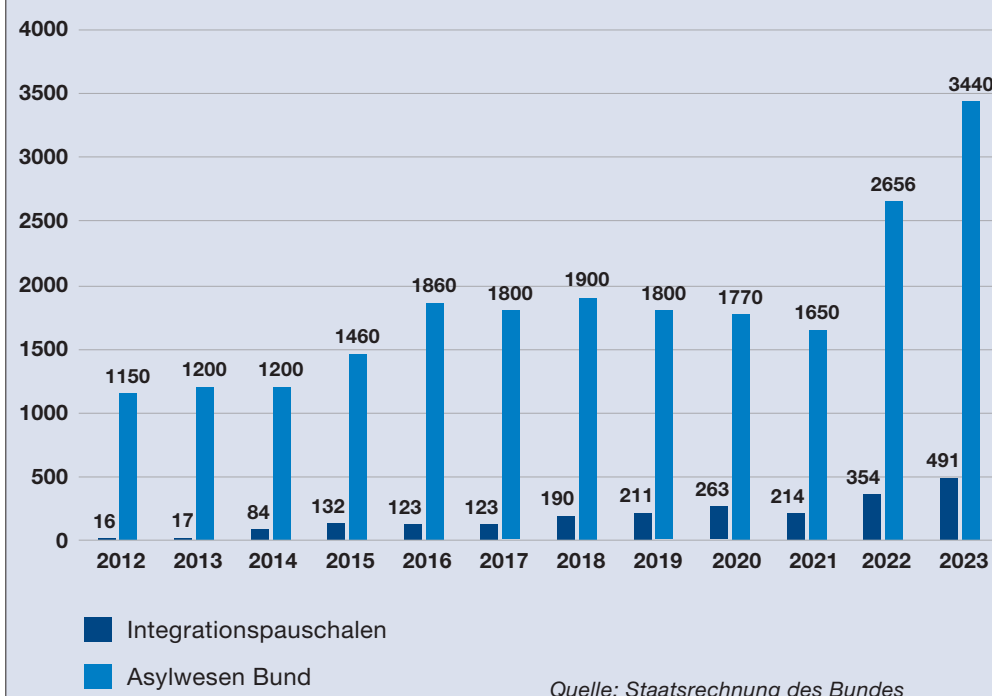
grationsindustrie blüht: Alphabetisierungs- und Deutschkurse, Integrationsvorlehren, Bewerbungs-Coachings, Beschäftigungsprogramme und vieles mehr.

2023 haben die Delikte von Asylpersonen um mehr als 50 % zugenommen. Was kostet uns Steuerzahler die Strafverfolgung von Tätern, die vorgeben, sie würden in ihrer Heimat politisch verfolgt und bräuchten unseren Schutz?

Milliarden Franken Steuergelder fliessen ins Asylsystem. Den ganzen Aufwand kennen wir aber nicht. Das muss sich ändern, und es wäre eigentlich ganz einfach: Jede Ausgabe des Staates wird buchhalterisch erfasst. Man müsste nur spezielle Konti für alle Ausgaben im Asylbereich einrichten. Damit würden nicht nur die ganzen Kosten für uns Steuerzahler offengelegt, sondern auch die gutbezahlten Nutzniesser aus der Asylindustrie.

## Bundesaufwand Asylwesen

gemäss Rechnungen der Eidgenossenschaft, in Mio.



# Prix Résistance: Die SVP zeichnet politischen Widerstand aus

Behördenwillkür, linksgrüne Bevormundungspolitik, Aushebelung der demokratischen Rechte: Es braucht mutige Menschen, die sich gegen den übergriffigen Staat wehren. Die SVP Schweiz zeichnet ab diesem Jahr Frauen und Männer aus, die sich für die Freiheit und die demokratischen Rechte der Schweizerinnen und Schweizer einsetzen.

Trägerin des ersten Prix Résistance 2024 ist Astrid Mühlebach aus dem Kanton Luzern. Sie hat sich erfolgreich gegen die Zweckentfremdung von Schul-, Sport- und Freizeitanlagen als Asylunterkünfte gewehrt.

Typisch Bundesbern: Die Mitte-Links-Mehrheit lässt Zehntausende Asylmigranten aus der ganzen Welt in die Schweiz und verteilt sie dann einfach auf die Gemeinden. In Mosen (LU), das zur Gemeinde Hitzkirch gehört, wollten die Behörden klammheimlich das Schulhaus zur Asylunterkunft umfunktionieren. Das wollte Astrid Mühlebach nicht hinnehmen: «Ich fragte mich, wo bleiben wir?»

Das ganze kulturelle Leben von Mosen findet im ehemaligen Schulhaus statt.» Die Vereine halten dort ihre Sitzungen ab, die Guggenmusik hat ihren Proberaum, der Tourismusverein und die Trychlergruppe nutzen die Räumlichkeiten, im Advent wird gemeinsam gebastelt. Nun sollen also die engagierten Vereine und Menschen auf die Strasse gestellt werden, nur weil Mitte-links mit ihrer Asylpolitik total versagt? Pikanterweise stammt Asylminister Beat Jans (SP) aus der gleichen Gemeinde.



Parteipräsident Marcel Dettling und Nationalrätin Sandra Sollberger überreichen Astrid Mühlebach (Mitte) den ersten Prix Résistance.

Gegen diese Behördenwillkür braucht es politischen Widerstand aus der Bevölkerung. Das hat Astrid Mühlebach, Mitglied der SVP Hitzkirch (LU), erfolgreich getan: Sie hat eine Gemeindeinitiative zustande gebracht, die in ihrer Gemeinde künftig die Zweckentfremdung von Schul-, Sport- und Freizeitanlagen als Asylunterkünfte verbietet.

«Der mutige Einsatz von Astrid Mühlebach verdient Respekt und Anerkennung», sagt SVP-Präsident und Nationalrat (SZ) Marcel Dettling bei der Übergabe des Prix Résistance. «Für solche engagierten Schweizerinnen und Schweizer, die unsere Heimat verteidigen, haben wir den Prix Résistance geschaffen.»

# NEIN zur links-extremen Biodiversitäts-Initiative

Die Biodiversitäts-Initiative würde die einheimische Energie- und Lebensmittelproduktion massiv einschränken und die Nutzung des Waldes sowie touristische Infrastrukturen im ländlichen Raum fast verunmöglichen.



Von Alois Huber,  
Nationalrat, Landwirt  
Wildegg (AG)

Die Zielgrösse der Initiative ist eindeutig: In Zukunft sollen 30 Prozent (!) der Landesfläche für die Biodiversität zur Verfügung gestellt werden. Es müsste nochmals eine Fläche, die der Grösse der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg und Solothurn zusammen entspricht, der Nahrungsmittelproduktion entzogen werden. Damit gefährden wir unsere einheimische Lebensmittelversorgung und wir würden noch abhängiger von Importen aus dem Ausland.

Eine regionale, nachhaltige Lebensmittelproduktion begünstigt eine optimale Biodiversität wesentlich mehr als eine unkontrollierte Flächenausdehnung mit extensiven Gebieten, welche mit Neophyten verseucht sind. Auch würden die dadurch verursachten Mehrimporte von Lebensmitteln, die Umwelt und Biodiversität um einiges mehr belasten. Fazit: Die Biodiversitäts-Initiative ist viel zu extrem und sogar kontraproduktiv.



Martin Hübscher,  
Nationalrat (ZH) und Landwirt

« Gesetzliche Grundlagen sind schon da, um die Biodiversität weiter zu fördern. »



Werner Salzmann,  
Ständerat (BE) und Agronom

« Die Landwirtschaft leistet heute bereits sehr viel für die Biodiversität. Entziehen wir der Produktion noch mehr Flächen, müssen wir mehr aus dem Ausland importieren. Das gefährdet die Unabhängigkeit der Schweiz. »



Thomas Knutti,  
Nationalrat (BE) und Bergbauer

« Als Bergbauer beschäftige ich mich jeden Tag mit der Artenvielfalt. Bürokraten der Umweltverbände wollen uns nun vom Bürotisch aus Biodiversitätsflächen in der Grösse der Kantone BE, NE, SO und FR vorschreiben. »



Die Delegierten der SVP Schweiz haben am 17. August 2024 die NEIN-Parole gefasst.

**NEIN**



Hans Jörg Rügsegger,  
Nationalrat (BE) und Landwirt

« Unser Betrieb fördert seit Jahren erfolgreich die Biodiversität. Zusätzliche Regulierungen sind überflüssig, da wir bereits freiwillig und aus Überzeugung handel. »



Martin Haab,  
Nationalrat (ZH) und Landwirt

« Nur 18,3 % der Landesfläche wird für die Nahrungsmittelproduktion genutzt. Abgesehen von den Siedlungsfläche, ist der ganze Rest bereits heute für die Artenvielfalt reserviert. »



Ernst Wandfluh,  
Nationalrat (BE) und Präsident  
Alpwirtschaft Bern

« Die Alpwirtschaft fördert die Biodiversität durch gezielte Bewirtschaftung. Es braucht keine neuen Vorschriften. »



Katja Riem, Nationalrätin (BE)  
und Präsidentin Gemüsepro-  
duzenten-Vereinigung BE und FR

« Der Ressourcenschutz und die Biodiversität haben hohe Priorität. Ebenso die Produktion von gesunden Lebensmitteln. Für die richtige Balance zwischen den beiden Zielen braucht es ein NEIN zu dieser extremen Initiative. »



Vroni Thalmann-Bieri,  
Nationalrätin (LU) und Bäuerin

« Wir schaffen mehr Biodiversitätsfläche und einheimische Lebensmittel ohne diese extreme Initiative! »



Marcel Dettling,  
Nationalrat (SZ), Parteipräsident  
und Landwirt

« Einheimische Lebensmittelproduktion erhalten! Deshalb Nein zu dieser links-extremen Initiative. »

# SVP: Die Bauernpartei



## Schweizer Qualität, statt noch mehr Lebensmittel- importe aus dem Ausland

Deshalb: **NEIN** zur links-extremen  
Biodiversitäts-  
Initiative



SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

www.svp.ch

Jetzt Mitglied werden  
unter [svp.ch/mitglied](http://svp.ch/mitglied)

NUR DIE SVP STEHT FÜR EINE FREIE UND UNABHÄNGIGE SCHWEIZ EIN

11

## EU-Unterwerfungsvertrag braucht das doppelte Mehr Nur auf die SVP-Ständeräte ist Verlass!



«Das Schweizervolk UND die Kantone» Mit diesen Worten beginnt unsere Bundesverfassung. Aber fast alle haben es vergessen. Nicht so die SVP.



Von Michael Graber,  
Nationalrat und Stadtrat  
Brig-Glis (VS)

Die Schweiz ist ein Bundesstaat und besteht aus 26 Gliedstaaten, den Kantonen, auch Stände genannt. Die Bedeutung der Kantone war für unser Land seit jeher zentral. Das zeigt sich etwa durch das Erfordernis von Volks- und Ständemehr für eine Verfassungsänderung oder durch die Kompetenzvermutung zu Gunsten der Kantone in Artikel 3 der Bundesverfassung. Dort steht glasklar: «Die Kantone sind souverän». Das Ständemehr gibt einer Verfassungsbestimmung und wichtigen Staatsverträgen zusammen mit dem Volksmehr eine doppelte demokratische Legitimation.

Die Stände sind den Linken schon lange ein Dorn im Auge. Denn um ihre Umverteilungsfantasien durchsetzen zu können, brauchen sie einen zentralistischen Staatsapparat, der die Bürgerinnen und Bürger nach Belieben gängeln kann. Solange aber die Direktbetroffenen in einem föderalen Staat mitbestimmen können, ist das nicht möglich.

Bereits beim Schengen-Abkommen hatte der Bundesrat das Ständemehr ausgehebelt und diesen Staatsvertrag, mit dem die Grenzkontrollen abgeschafft wurden, nicht als Organisation für kollektive Sicherheit qualifiziert. Das war notabene verfassungswidrig, denn auch für das Schengener Abkommen wäre nach Artikel 140 der Bundesverfassung ein Ständemehr nötig gewesen. Und an ebendiesem Ständemehr wäre Schengen

damals auch gescheitert. Viele Probleme, die wir heute ausbaden müssen, dürfte es also gar nicht geben. Schon damals blieben viele Ständeräte stumm, statt auf die Barrikaden zu gehen.

Mit dem geplanten EU-Rahmenabkommen würden wir uns fremden Richtern unterwerfen und automatisch Brüsseler Recht übernehmen. Für ein derart einschneidendes Ansinnen ist zwingend auch ein Ständemehr erforderlich. Weil die Linken und die EU-Turbos der anderen Parteien haargenau wissen, dass ein Ständemehr für einen solchen Unterwerfungsvertrag praktisch unmöglich ist, wollen sie es erneut verhindern. SP-Bundesrat Beat Jans hat bereits erfolglos versucht, seine Bundesratskollegen über den Tisch zu ziehen und für dumm zu verkaufen. Bald wird sich auch das Parlament zu dieser zentralen Frage äussern. Auf sämtliche SVP-Standesvertreter ist hier jederzeit Verlass. Jeder Ständerat, der beim EU-Unterwerfungsvertrag das Ständemehr nicht unterstützt, sitzt in der falschen Kammer.

« Mit dem geplanten  
EU-Rahmenabkommen  
würden wir uns fremden  
Richtern unterwerfen »

# New Kia Sorento

Auch als Hybrid und Plug-in Hybrid erhältlich



Mehr erfahren.



Jetzt Mitglied werden  
unter [svp.ch/mitglied](http://svp.ch/mitglied)

LINKE EXPERIMENTE IN DER VOLKSSCHULE SIND KOLOSSAL GESCHEITERT

13

## Alarmierender Niedergang: Volksschule in Gefahr

**Ideologische Reformen wie integrativer Unterricht oder die Einführung des Lehrplans 21 haben das Niveau unserer Volksschulen dramatisch gesenkt. Die unkontrollierte Zuwanderung verschärft die Probleme. Die Bildung unserer Kinder und damit unsere Zukunft stehen auf dem Spiel.**



Von Benjamin Fischer,  
Nationalrat,  
Oberweningen (ZH)

Die Schweizer Volksschule, einst ein Garant für eine fundierte Grundbildung für alle, steckt in einer tiefen Krise. Ideologische Experimente und realitätsferne Ansprüche haben das Niveau der Bildungseinrichtungen massiv gesenkt. Wir müssen uns endlich wieder fokussieren – weg von ideologischen Trends und hin zu fundierter Bildung und praktischer Ausbildung, die unsere Kinder fit für die Zukunft machen.

Der Lehrplan 21, der als modern und zukunftsweisend angepriesen wurde, erweist sich als Belastung für Lehrer

und Schüler gleichermaßen. Statt klare Bildungsziele zu setzen, erstickt er die Schulen unter einem Berg von bürokratischen Anforderungen und einem Sammelsurium von über 300 Kompetenzen auf 470 Seiten.

Der integrative Unterricht ist an der Realität gescheitert. Schüler mit besonderem Förderbedarf fallen durch das Raster, während die Mehrheit der Schüler nicht mehr ausreichend gefördert wird.

Die masslose Zuwanderung, insbesondere von Asylmigranten, belastet unsere Schulen zusätzlich. Schulen müssen unverhältnismässig viele Ressourcen be-

reitstellen, um den zusätzlichen Bedarf an Sprachförderung und kultureller Integration zu decken, was die Qualität der Bildung für alle Schüler beeinträchtigt.

### Was ist zu tun?

Es ist höchste Zeit für eine Kurskorrektur. Die SVP setzt sich für eine Bildungspolitik ein, die auf klaren Leistungszielen basiert und die Bedürfnisse der Schüler in den Mittelpunkt stellt. Es braucht wieder Sonderklassen und massgeschneiderte Modelle statt integrativem Unterricht. Wir fordern eine Überprüfung und Anpassung des Lehrplans 21, um ihn praxisnaher zu gestalten. Die Zuwanderung muss endlich begrenzt werden, und ausreichende Sprachkenntnisse müssen Voraussetzung für Teilnahme am regulären Unterricht sein.



GOAL GLOSSAR

Kampagne

**Kampagne**

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer  
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00  
[info@goal.ch](mailto:info@goal.ch), [www.goal.ch](http://www.goal.ch)

**GOAL**

AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

# Switzerland first – auch bei den Finanzen!

Ein immer höherer Schuldenberg, tendenziell steigende Zinsen, unterdurchschnittliches Wachstum der Schweizer Wirtschaft und ein ständiges Ausgabenwachstum: Das sind unüberhörbare Alarmsignale. Es braucht endlich eine klare Prioritätensetzung bei den Bundesfinanzen!



Von Lars Guggisberg,  
Nationalrat,  
Kirchliedach (BE)

## Weniger Geld ins Ausland!

Seit 1990 haben sich die Ausgaben des Bundes fast verdreifacht: auf bald 90 Milliarden Franken. Insbesondere im Asylbereich explodieren die Kosten: 2021 gab der Bund dafür rund 1,5 Milliarden Franken aus. 2023 betrug die Asyl-Kosten bereits 3,5 Milliarden Franken. Der Schuldenberg beträgt mittlerweile über 140 Milliarden Franken, und der Bund rechnet ab 2027 mit über 3 Milliarden Franken Defizit: pro Jahr!

Die SVP warnt schon lange vor neuen Schulden, steht damit aber fast immer allein da. Die Quittung dafür liegt jetzt auf dem Tisch. Es braucht nun endlich eine nachhaltige Eindämmung des Ausgabenwachstums und eine klare Prioritätensetzung! Der Fokus muss wieder auf die Schweiz gelegt werden. Das bedeutet: Weniger Geld ins Ausland!

## 35-Stunden-Woche für Kantonsangestellte?

Ausserdem braucht es wieder Ausgewogenheit zwischen der Ausgabenlast des Bundes und der Kantone. Der Bund wird zunehmend zur eierlegenden Wollmilchsau, die immer mehr liefern und für alles bezahlen soll. Auch für Bereiche, für die klar die Kantone zuständig wären, z. B. KITAS und Regionalverkehr. Dabei hat der Bund mit seinen eigenen

Aufgaben längst genug zu finanzieren: Für unsere Sicherheit (Armee), die Selbstversorgung (Stärkung der Landwirtschaft) und die AHV. Gleichzeitig führen die exorbitanten Ertragsüberschüsse in mehreren Kantonen zu absurden Ideen: Der Kanton Genf plant Gratis-ÖV für Jugendliche, Basel-Stadt die Einführung der 35-Stunden-Woche für seine Angestellten. Das kann es nicht sein.

## Schuldenbremse ist nicht verhandelbar!

Schliesslich werden wir als SVP alles daransetzen, dass unsere bewährte Schuldenbremse nicht ausgehebelt wird. Damit unsere Kinder und Grosskinder dereinst nicht unter der rücksichtslosen Ausgabenpolitik von Links-grün leiden müssen.



# Zusammenstehen: Bürgerliches JA zur BVG-Reform



Mit der beruflichen Vorsorge sparen alle Arbeitnehmer für ihre Rente. Wirtschaft und Gewerbe stehen zur zweiten Säule. Linke und Gewerkschaften greifen diese hingegen frontal an. Als Antwort braucht es am 22. September ein klares Ja zur BVG-Reform. Damit sichern wir unser bewährtes Dreisäulen-System.



Von Diana Gutjahr,  
Nationalrätin,  
Amriswil (TG)

Der Staat hinkt der Wirtschaft meist hinterher. So auch bei der beruflichen Vorsorge. Teilzeitstellen sind heute eine Realität – gerade auch in vielen KMU. Oft besetzen diese Stellen Frauen. Die Unternehmen haben sich auf diese neue Realität längst eingestellt. Denn wir brauchen diese gut qualifizierten Fachkräfte.

Das BVG-Gesetz wird dem heutigen Arbeitsmarkt hingegen nicht mehr gerecht. Mit der BVG-Reform können wir das endlich korrigieren. Als Unternehmerin unterstütze ich die bessere Absicherung der Teilzeitbeschäftigten aus Überzeugung.

Auch die Anpassungen des Mindestumwandlungssatzes ist eine logische Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel. Wir werden erfreulicherweise immer älter, deshalb müssen die Renten über einen längeren Zeitraum ausbezahlt wer-

den. Deshalb von «Rentenabbau» oder gar «Rentenklausen» zu sprechen, ist schlichtweg falsch und reine Propaganda von links. Denn das Kapital bleibt unangetastet.

## Ältere Arbeitnehmer werden gestärkt

Die Vorlage bringt noch eine weitere wichtige Verbesserung: Sie stärkt ältere Angestellte auf dem Arbeitsmarkt. Das erleichtert insbesondere auch KMU die Weiterbeschäftigung und Neuanstellung älterer Arbeitnehmer. Ein Ziel, das doch gerade von den Linken immer wieder ins Feld geführt wird.

Am 22. September müssen deshalb alle bürgerlichen Kräfte zusammenhalten und geschlossen Ja zum BVG-Kompromiss stimmen. Damit halten wir unser Dreisäulen-System in der Balance und passen es der gesellschaftlichen Entwicklung an. Damit stoppen wir die linke

« Die Vorlage bringt noch eine weitere wichtige Verbesserung: Sie stärkt ältere Angestellte auf dem Arbeitsmarkt »

Agenda, welche unser System abschaffen und eine Volkspension einführen möchte.

Alle laufenden Renten sind garantiert

Etwas ganz Wichtiges

möchte ich an der Stelle noch unterstreichen: Alle laufenden Renten sind und bleiben mit der Reform garantiert!

Die Delegierten der SVP Schweiz haben am 17. August 2024 die JA-Parole gefasst.

JA





# Renten sichern.

## BVG-Reform

# JA

